

Sehr geehrte Damen und Herren,

YOIS Europe ist eine unabhängige Europäische Jugendorganisation, welche junge Menschen vereint, die sich für eine bessere Zukunft der heutigen Jugend und zukünftiger Generationen einsetzen. Durch unsere Veranstaltungen und Aktionen geben wir der jungen Generation eine Möglichkeit zukunftsrelevante Themen zu diskutieren, um dann politische Entscheidungsträger für unsere Ideen zu gewinnen. Unser Ziel ist eine nachhaltige und generationengerechte Gesellschaft, die nicht mehr auf Kosten zukünftiger Generationen lebt und der Jugend mindestens gleiche Chancen wie der Elterngeneration gibt.

Das Problem der Ressourcenübernutzung, über das wir hier diskutieren ist schon seit langem bekannt. Spätestens seit dem Brundtlandbericht 1987 oder der Rio-Konferenz 1992 kann sich keiner der politischen Verantwortlichen dem Wissen darüber entziehen. Dennoch, wirklich entscheidende Veränderungen hat es seit dem nicht gegeben. 10 Jahre nach Rio muss sich die Elterngeneration von der Jugend vorwerfen lassen, dass sie dem Problem nicht Herr geworden ist und dass es sich sogar z.T. verschärft hat. Wir erleben also ein Versagen der Demokratie, denn sie schützt nur die Interessen der heute lebenden Generationen: Politiker werden von den lebenden Generationen gewählt und haben das Bestreben von diesen wiedergewählt zu werden. Der ihnen dazu zur Verfügung stehende Dispositionsspielraum beschränkt sich auf ihre Legislaturperiode. Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker sagte dazu einmal: "Allgemein gesagt ist jede parlamentarische Demokratie auf einem Strukturproblem aufgebaut, nämlich der Verherrlichung der Gegenwart und der Vernachlässigung der Zukunft." und er sagt weiter "Damit will ich nicht behaupten, dass die gesamte politische Repräsentanz keinen Sinn für langfristige, zukünftige Aufgaben hätte. Nur steht sie vor der Notwendigkeit, sich Mehrheiten zu beschaffen." Dieses grundlegende Dilemma der Demokratie führt also zu einem Gegenwartsegoismus – und damit zu einer strukturellen Benachteiligung zukünftiger Generationen. Darauf zu hoffen, dass Politiker sich aus ethischen Gründen ebenso dem Willen der Wähler wie den Interessen der ungeborenen Nichtwähler annehmen, ist naiv. Aus verständlichen Gründen kann es nicht das Ziel des Politikers sein, sich im Zweifel abwählen zu lassen. Aus diesem Grund müssen die politischen Rahmenbedingungen verändert werden. Die einzig brauchbare und unter demokratietheoretischen Aspekten vertretbare Lösung hierfür sehen wir in einer Ergänzung des GG, denn ein Schutz der Interessen zukünftiger Generationen ist vergleichbar mit dem Minderheitenschutz, da die Belange unserer Nachkommen im politischen Alltag untergehen können. Im finanziellen Bereich gibt es hier zwar Ansätze, so sollte der Art. 115 GG eigentlich die Staatsverschuldung eindämmen – angesichts von etwa 1.200 Mrd. Euro scheint hierbei aber auch noch ein Reformbedarf im Sinne einer finanziellen Nachhaltigkeit zu bestehen. Im ökologischen Bereich dagegen besteht keine greifende Verpflichtung die natürlichen Ressourcen nachhaltig – also so zu nutzen, dass auch zukünftige Generationen sie noch im ausreichenden Maße als Lebensgrundlagen erben und die Aufnahmekapazität der Natur nicht überschritten wird. Aus diesem Grund sind wir aktiv geworden und haben zusammen mit der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen einen Vorschlag für einen neuen Art. 20a erarbeitet, der die Interessen zukünftiger Generationen besser schützen soll. Die Prinzipien der ökologischen Nachhaltigkeit sind dort verbindlich für heutige Entscheidungsträger verankert. Dadurch würden die natürlichen Lebensgrundlagen in ihrer Funktion und Leistungsfähigkeit auch für kommende Generationen erhalten. Das gleiche fordern wir übrigens auch bezüglich einer europäischen Verfassung.

Also, wir meinen, dass genauso wie die Freiheit des Einzelnen dort endet, wo die Freiheit des Nächsten beginnt, so sollte auch die Freiheit der heutigen Generationen durch die Freiheit zukünftiger Generationen beschränkt werden. Eine Verankerung von ökologischer und finanzieller Nachhaltigkeit in der Verfassung ist der beste Weg, um diese ethische Maxime zu verwirklichen.